

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5559

"Reha vor Pflege"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5559 vom 04.03.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6536 des GP vom 24.03.2015
3. Beschluss des Plenums 17/6622 vom 19.05.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.05.2015



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel CSU**

Reha vor Pflege

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Grundsatz „Reha vor Pflege“ besser bzw. konsequenter umgesetzt wird. Speziell im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation scheint der Fall zu sein, dass dieser Ansatz derzeit noch zu wenig zum Tragen kommt. Bei der Pflege-Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) wird nur ein ganz geringer Prozentsatz an therapeutischen und rehabilitierenden Maßnahmen empfohlen und durchgeführt.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ergriffen werden könnten, diesen Zustand zu ändern, besonders im Hinblick darauf, dass hierin ein nicht unerhebliches Einsparpotenzial zur Entlastung der Pflegeversicherung liegt.

Insbesondere sollte auf Bundesebene eine Beteiligung der Sozialen Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation geprüft werden, um so Fehlanreize zu beseitigen, die durch die derzeitige Verteilung von Kosten und Nutzen der geriatrischen Rehabilitation zwischen den Sozialversicherungsträgern bestehen.

Begründung:

Die demografische Entwicklung in Deutschland lässt erwarten, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen i. S. des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) stetig ansteigen wird. Auch mit Hinblick auf die gesundheitsökonomische Bedeutung dieser Entwicklung wurde der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ durch die Erweiterung des § 31 SGB XI (Vorrang der Rehabilitation vor Pflege) niedergeschrieben. Leider wird dieser Grundsatz in der Praxis nur ungenügend umgesetzt. Bislang durchgeführte Reformbemühungen der Pfle-

geversicherung waren eher darauf ausgelegt, den erhöhten Bedarf an Leistungserbringung in der Pflegeversicherung und damit entstandene Kosten durch Beitragserhöhungen zu decken, als Prozesse und Strukturen zu stärken, die dazu geeignet sind, Pflegebedürftigkeit und damit verbundene Kosten zu verhindern oder zu reduzieren. Mit Kenntnis dieses Sachverhalts wurden im Rahmen des Pflege-Neuausrichtungs-Gesetzes (PNG) mit dem § 18a, Abs. 2 und 3 SGB XI, die Pflegekassen gesetzlich verpflichtet, einen Bericht zu erfassen, inwieweit Empfehlungen zur medizinischen Rehabilitation im Rahmen der Pflegebegutachtung ausgesprochen und umgesetzt werden. Der Bericht des GKV-Spitzenverbands für das Berichtsjahr 2013 liegt vor und dokumentiert eindrucksvoll, dass der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ nicht umgesetzt wird. Im Jahr 2013 wurden durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen in Deutschland ca. 1,3 Mio. Pflegebegutachtungen durchgeführt. Lediglich bei 0,41 Prozent der Pflegebegutachtungen wurde eine Empfehlung zur medizinischen Rehabilitation ausgesprochen. Selbst wenn Pflegebedürftige, die während der letzten 1 bis 4 Jahre eine medizinische Rehabilitation erhalten haben, nicht berücksichtigt werden, ist der Prozentsatz der Empfehlungen zur medizinischen Rehabilitation nur unwesentlich höher. Die aktuell vorliegende Datenlage gibt berechtigten Anlass zur Annahme, dass der aus gesundheitsökonomischer und auch ethischer Sicht hochwertige Ansatz „Rehabilitation vor Pflege“ in der Praxis, trotz aller Bemühungen, noch immer ignoriert wird.

Gleichwohl die Ergebnisse eines Praxisprojekts des MDS und des GKV-Spitzenverbands zu Möglichkeiten der Optimierung der Begutachtung eines Reha-Bedarfs in der Pflegebegutachtung ab 2015 umgesetzt werden sollen (siehe Bericht des GKV-Spitzenverbands nach § 18a Abs. 3 SGB XI), erscheint es sinnvoll, auf Bundesebene weitere Maßnahmen zur Stärkung des Grundsatzes „Reha vor Pflege“ zu prüfen. Insbesondere sollte (geriatrisches) Rehabilitationspotenzial möglichst frühzeitig ermittelt werden und nicht erst bei der Pflegebegutachtung durch den MDK.

Die geriatrische Rehabilitation entlastet die Pflegekassen in erheblichem Umfang, da sie zum einen Pflegebedürftigkeit vermeiden und hinauszögern kann und zum anderen das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit begrenzt. Es ist daher notwendig und gerecht, die Pflegekassen an den von den Krankenkassen bezahlten Vergütungen für Leistungen der geriatrischen Rehabilitation zu beteiligen, vorausgesetzt, dass ein entspre-

chender finanzieller Ausgleich bei der Kostentragung gewährleistet wird.

Ziel ist eine angemessene, den Qualitätsanforderungen entsprechende Vergütung der geriatrischen Rehabilitation. Bei der Umsetzung sollen die bewährten Rehabilitationsstrukturen weiter genutzt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,
Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Drs. 17/5559**

Reha vor Pflege

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Klaus Holetschek**
Mitberichterstatterin: **Doris Rauscher**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 24. März 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel CSU

Drs. 17/5559, 17/6536

Reha vor Pflege

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Grundsatz „Reha vor Pflege“ besser bzw. konsequenter umgesetzt wird. Speziell im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation scheint der Fall zu sein, dass dieser Ansatz derzeit noch zu wenig zum Tragen kommt. Bei der Pflege-Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) wird nur ein ganz geringer Prozentsatz an therapeutischen und rehabilitierenden Maßnahmen empfohlen und durchgeführt.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ergriffen werden könnten, diesen Zustand zu ändern, besonders im Hinblick darauf, dass hierin ein nicht unerhebliches Einsparpotenzial zur Entlastung der Pflegeversicherung liegt.

Insbesondere sollte auf Bundesebene eine Beteiligung der Sozialen Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation geprüft werden, um so Fehlanreize zu beseitigen, die durch die derzeitige Verteilung von Kosten und Nutzen der geriatrischen Rehabilitation zwischen den Sozialversicherungsträgern bestehen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 6)**

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015);
COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14
Drs. 17/5426, 17/6570 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Isabell Zacharias, Annette Karl, Helga Schmitt-Büssinger u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne in den Aufsichtsgremien des Rundfunks in Bayern
Drs. 17/4717, 17/6398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Beförderung nach A9 mit Amtszulage
Drs. 17/5210, 17/6458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU
Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und den
Universitätsbibliotheken des Freistaats
Drs. 17/5361, 17/6399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausstieg aus der Torfnutzung im Garten- und Landschaftsbau
Drs. 17/5487, 17/6431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) KZ-Gedenkstätten besser vor Vandalismus schützen
Drs. 17/5499, 17/6400 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse für nichtwissenschaftliches Personal an bayerischen Hochschulen senken
Drs. 17/5503, 17/6401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge an bayerischen Hochschulen hinterfragen
Drs. 17/5504, 17/6402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
Zusätzliche Stellen und Mittel für die bayerische Polizei nach den Anschlägen von Paris schnell und nachhaltig realisieren
Drs. 17/5557, 17/6531 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Reha vor Pflege
Drs. 17/5559, 17/6536 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns über die Vorbereitung des Bereitschaftsdienstes auf kommende Herausforderungen
Drs. 17/5603, 17/6537 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zugang zu Cannabis als Medizin für Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten erleichtern
Drs. 17/5607, 17/6538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Kemptener Kokain-Affäre
Drs. 17/5616, 17/6393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Dauerhafte Übertragung des Berufungsrechts auf die bayerischen Hochschulen
Drs. 17/5617, 17/6403 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Büssinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD) Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation „Weißer Turm“ in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration
Drs. 17/5658, 17/6394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen
Drs. 17/5672, 17/6395 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU Entwicklung landwirtschaftsnaher Studiengänge an den Hochschulen in Bayern
Drs. 17/5710, 17/6404 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Doris Rauscher u.a. SPD
Gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Masern in Bayern
Drs. 17/5718, 17/6539 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Kein Maulkorb für Gemeinde- und Stadträte sowie Kreis- und Bezirkstage bei
allgemeinpolitischen Fragen wie TTIP und CETA!
Drs. 17/6081, 17/6396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>